

**Titel: Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 15.04.2019
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Bürgerschaft	09.05.2019	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landrat Vorpommern-Rügen eine Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft zu prüfen.

Der Oberbürgermeister und der Landrat analysieren dazu gemeinsam die Auswirkungen einer teilweisen bzw. vollständigen Rekommunalisierung auf die drei Entsorgungsgebiete des Landkreises im Vergleich zur aktuellen Organisations- und Rechtsausrichtung dieser Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Begründung:

Die Hansestadt Stralsund bemüht sich, vielfältige Maßnahmen zur Steigerung der Ordnung und Sauberkeit im Stadtgebiet umzusetzen. Als ein Erfolgsfaktor wird die Erschließung von Synergien durch die unmittelbare Wahrnehmung der Aufgaben der kommunalen Abfallentsorgung in den eigenen Händen bzw. im städtischen Unternehmensverbund gesehen.

Durch die Rückübertragung der hoheitlichen Aufgabe der Abfallentsorgung ergeben sich auch komplexere Betrachtungen mit der bei der Hansestadt Stralsund verbliebenen Aufgabe hinsichtlich der Reinigung und damit die Möglichkeit der Schaffung weiterer Optimierungen und Synergieeffekte.

Nicht zuletzt kann die Rückübertragung einen neuen Blick auf Steuerproblematiken durch die Eingliederung in eine städtische Aufgabenträgerschaft ermöglichen.

Dr. Ronald Zabel  
CDU/FDP-Fraktion

